



Städte und Gemeinden für gutes Fahrradklima

Städte- und Gemeindebund NRW sieht radfahrfreundliche Verkehrspolitik seiner Mitglieder durch Umfrage bestätigt

Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen haben bei der Förderung des Radverkehrs Fortschritte gemacht. Dies wurde bei der Veröffentlichung der Ergebnisse des Fahrradklimatests des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs (ADFC) heute in Düsseldorf deutlich. Acht der 24 Kommunen, die in dem bundesweiten Test prämiert wurden, liegen in NRW. "Dies zeigt, dass der Radverkehr bei den Verwaltungen, aber auch bei den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern sowie in der Politik einen hohen Stellenwert genießt", erklärte der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW, **Dr. Bernd Jürgen Schneider**, heute in Düsseldorf.

Auch wenn die Bewertungen naturgemäß breit gefächert sind, belegt die große Resonanz der Umfrage ein gestiegenes Interesse am Fahrradverkehr. So beteiligten sich 2014 rund 30.000 Personen - gegenüber 14.000 im Jahr 2012 - an der ADFC-Erhebung. Bei dieser wird die subjektive Wahrnehmung der Bedingungen für Fahrradverkehr in der eigenen Stadt oder Gemeinde eruiert. Diesmal gelangten 137 NRW-Kommunen - fast doppelt so viele wie 2012 - in die Wertung.

Trotz der schwierigen finanziellen Lage vieler Kommunen sei es gelungen, den Fahrradverkehr zu fördern und attraktiver zu gestalten, erklärte Schneider: "Wichtiger als viel Geld für aufwändige Umbauten sind oft kreative Ideen und intelligente Lösungen". Der Städte- und Gemeindebund NRW habe diese Entwicklung frühzeitig gefördert - etwa durch eine Orientierungshilfe seines Bundesverbandes DStGB zum Radverkehr Anfang der 1990er-Jahre. Zuletzt hat der kommunale Spitzenverband zu seinem Gemeindekongress Ende November 2014 eine Broschüre "Radverkehr" herausgebracht.

Ein großes Potenzial zur Verbesserung des Fahrradverkehrs - so Schneider - liege im Bewusstseinswandel von Radfahrenden und Autofahrenden gleichermaßen: "Wir müssen dahin kommen, dass sich auch Radfahrer und Radfahrerinnen als gleichberechtigte Verkehrsteilnehmer/innen wahrnehmen". Dafür sei beispielsweise eine Wegweisung speziell für Radfahrende hilfreich.

Zur Rolle als gleichberechtigte(r) Verkehrsteilnehmer/in gehöre für Radfahrende auch das Wissen um die Pflichten im Straßenverkehr. Das Bewusstsein für die Pflichten müsse durch Verkehrserziehung im Kindes- und Jugendalter gefördert werden. Es seien aber auch mehr Kontrollen und Sanktionen bei Verstößen gegen Verkehrsregeln nötig.

Auf der gesetzlichen Ebene gebe es noch Verbesserungsbedarf. Beispielsweise bräuchte es Regeln für ein Parkraum-Management von Fahrrädern. Denn an manchen zentralen Umsteigepunkten stelle das "wilde Abstellen" von Fahrrädern aufgrund der Menge bereits ein Verkehrshindernis dar.